

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Wortprotokoll der 3. Sitzung

Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Berlin, den 30. September 2015, 13:00 Uhr
11017 Berlin, Dorotheenstr. 100/101
Jakob-Kaiser-Haus, Raum 2.740

Vorsitz:

Michael Müller

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1	Seite 4
Begrüßung	
Tagesordnungspunkt 2	Seite 4
Beschlussfassung über die Tagesordnung	
Tagesordnungspunkt 3	Seite 4
Beschlussfassung Teil A des Leitbildes	
Tagesordnungspunkt 4	Seite 19
Fortsetzung Diskussion Teil B des Leitbildes	
Tagesordnungspunkt 5	Seite 22
Vorstellung des Leitbildes in der Kommission	
Tagesordnungspunkt 6	Seite 22
Verschiedenes (u. a. verbleibende Aufgaben, weitere Termine)	

Teilnehmer:

Michael Müller (Vorsitz)

Sylvia Kotting-Uhl

Erhard Ott

Für Steffen Kanitz: Anna Bleser

(Beginn der Sitzung:13:16 Uhr)

Tagesordnungspunkt 1 **Begrüßung**

Vorsitzender Michael Müller: Herzlich willkommen! Es tut mir leid, dass es trotz aller und oft gemachter Versuche nicht gelungen ist, mehr Leute zusammenzubekommen. Es war heute der Termin mit den meisten Zusagen. Gestern haben noch zwei gesagt, sie kommen nicht; ich kann nichts dafür. Ich finde es langsam auch ein bisschen sehr mühsam.

Tagesordnungspunkt 2 **Beschlussfassung über die Tagesordnung**

Ich frage zuerst: Gibt es Einwendungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 3 **Beschlussfassung Teil A des Leitbildes**

Beim Teil A des Leitbildes gibt es drei Teile: 2.1: Leitziel Nachhaltigkeit, 2.2: Eine sozial-ethische Grammatik und 2.3: Zehn Grundsätze.

Ich mache nur wenige einführende Bemerkungen. Teil 2.1 ist der Versuch, einen Überblick über die Entwicklungen und die Definition von Nachhaltigkeit zu geben. Teil 2 ist das Aufgreifen der ersten Initiative der katholischen und evangelischen Kirchen, die einen größeren Teil zur sozial-ethischen Grammatik haben wollen. Teil 3 sind die zehn Grundsätze, die wir hier schon mehrfach diskutiert haben und die Herr Voges in Abstimmung mit mehreren Büros noch einmal neu gefasst hat.

Ich schlage vor, dass wir kurz über den Gesamttext reden und dann über die Punkte 2.1, 2.2 und 2.3. Ich warte erst einmal auf Wortmeldungen zum Gesamttext.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Dürfte ich noch einmal kurz wissen - das ist schon so lange her -, was in

dem Teil A 1 - Arbeitsweise der Kommission - beschrieben wird?

Vorsitzender Michael Müller: Das ist noch nicht gemacht. Das kommt von der Geschäftsstelle.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, aber was da drin sein wird.

Vorsitzender Michael Müller: Da muss hinein, wie oft wir getagt haben, dass wir soundso viele Sitzungen gemacht haben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also eher technisch.

Michael Müller: Ja, eher technisch-organisatorisch ist das gemeint. Wenn man sich beispielsweise die Berichte der Enquetekommission anschaut, dann sieht man, dass es am Anfang eine Beschreibung gibt, zum Beispiel über die Zahl der Mitglieder usw. Das ist also eher technisch-organisatorisch.

Jürgen Voges: Die Aufgliederung in Arbeitsgruppen und deren Arbeitsweise, wie oft man sich getroffen hat.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist knapp gehalten und vor dem Hintergrund der Gliederung zu sehen.

In Bezug auf die Arbeitsweise der Kommission wird verantwortlich von der Geschäftsstelle ein Text entwickelt, der dann an die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen geht und anschließend in die Kommission. Das ist eher etwas Technisches. Das können wir auch erst am Ende machen. Verantwortlich dafür ist, wie gesagt, die Geschäftsstelle. Nach der Arbeitsweise der Kommission kommt der Punkt 2 - Leitbild der Kommission - mit den drei genannten Unterpunkten. Dazu bitte ich um Wortmeldungen.

Erhard Ott: Dazu sind Änderungs- bzw. Streichungsvorschläge von Herrn Thomauske gemacht worden; er hat noch ein Papier herumgeschickt. Wir sollten abklären, wie wir damit umgehen.

Wenn ansonsten keine Anmerkungen zu den Texten sind, sollten wir diese Punkte schlicht und einfach abarbeiten.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Thomauske hat eine Anmerkung zu dem zweiten Spiegelstrich - „neues Vertrauen in der Gesellschaft aufzubauen und“ - gemacht und gefragt: Vertrauen für was? - Ich bin davon ausgegangen, dass das in diesem Zusammenhang evident ist. Aber das kann man natürlich mit zwei, drei Worten ergänzen; das ist nicht der Punkt.

Es gibt noch den Vorschlag - dafür würde auch ich mich aussprechen -, die Spiegelstriche zusammenzuführen, sodass das ein Absatz wird, und den einen Absatz mit dem historischen Teil zu streichen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich finde das richtig mit dem Leitziel, der Grammatik usw., dass wir das Ganze in einen Rahmen stellen. Aber ich habe jetzt beim Lesen den Eindruck gehabt, dass sich das in Teil A und Teil B doch sehr stark doppelt.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist auch so. Vielleicht zur Erklärung: Der Teil A ist nur die Komprimierung des gesamten Teils B. Das wird insgesamt nicht mehr als vielleicht 40 Seiten im Bericht. Diese fünf Seiten hier werden umgerechnet knapp zwei Seiten in der Druckfassung des Berichts ausmachen. Das ist sozusagen die Komprimierung dessen, was man hinten möglicherweise intensiver ausführt.

Viele werden ohnehin nur den Teil A lesen; das ist bei solchen Berichten meistens so. Darin wird in komprimierter Form der gedankliche und wertmäßige Ansatz knapp beschrieben und auch das, was die Kommission in ihren Grundpositionen leitet. Das ist Teil A. Natürlich muss die Begründung für das im Teil B gegeben werden.

Wenn Sie sich beispielsweise die Berichte der Enquetekommission anschauen, dann werden Sie feststellen, dass am Anfang - das ist immer so -, die ersten, 40, 50 Seiten, eine Komprimierung

und Zusammenfassung des gesamten Berichts erfolgt. So ist es auch hier. Das geht dann sehr schnell auf die Empfehlungen und auf die notwendigen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Ich bitte jetzt um Wortmeldungen zum Punkt 2.1.

Erhard Ott: Ich kann eigentlich nur das wiederholen, was ich schon in der ersten Sitzung gesagt habe: Von den Grundlinien her finde ich den Text so weit in Ordnung. Wenn nicht noch einzelne Anmerkungen oder Streichungs- oder Änderungsvorschläge dazukommen, dann ist der Text für mich insoweit akzeptabel.

Vorsitzender Michael Müller: Wir greifen natürlich eine Debatte auf, die in der Philosophie nach wie vor sehr strittig diskutiert wird, aber in einem anderen Zusammenhang. Deshalb nehme ich dies hier ganz bewusst nicht auf.

Ich weiß nicht, ob Sie das wissen: Zwischen den Positionen von Hans Jonas und beispielsweise denen von Jürgen Habermas oder Apel bestehen über die Konsequenzen des Prinzips Verantwortung erhebliche Auseinandersetzungen. Hans Jonas kommt zu dem Schluss, dass die Idee des Fortschritts nicht mehr trägt, während Habermas, Apel, Beck und andere sagen, der Fortschritt müsse nur auf ein neues Fundament gestellt werden. Aber auf diese Auseinandersetzung gehe ich hier bewusst nicht ein. Insofern schneidet der Text die ganze Diskussion über das Prinzip Verantwortung ab. Das andere können wir hier auch nicht machen; damit wären wir überfordert. Das hat unter anderem die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ versucht, ein bisschen aufzuarbeiten.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wir könnten, wenn das eine Zusammenfassung sein soll, den Absatz zur Nachhaltigkeit - das ist der Absatz nach den drei Spiegelstrichen - ein bisschen kürzen; denn ich finde, das geht sehr in ein Gelände, das in der Zusammenfassung vielleicht nicht so interessant ist. Dass der Begriff der Nachhaltigkeit aus der

Forstwirtschaft stammt, ist klar. Für diejenigen, die das noch nicht wissen, könnte man das hinschreiben. Aber meiner Meinung nach ist das ein bisschen zu ausführlich.

Vorsitzender Michael Müller: Mein Vorschlag wäre:

Die Idee der Nachhaltigkeit stammt aus der Forstwirtschaft.

Und dann weiter:

Die heutige Debatte über Nachhaltigkeit greift das Prinzip der dauerhaften Erhaltung der Natur auf, geht aber weit darüber hinaus.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das wäre gut, ja.

Vorsitzender Michael Müller: Wie gesagt: Ich würde vorschlagen, die drei Spiegelstriche in den Text zu verarbeiten.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Da hatte Herr Thomauke ja Probleme mit dem Vertrauen.

Vorsitzender Michael Müller: Ich habe ja gesagt, dass noch ein Satz zusätzlich hineinkommen kann. Es ist natürlich klar: Es geht um Vertrauen in die Lösungskompetenz der Gesellschaft.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist richtig. Aber ihm ging es, glaube ich - - Ich habe die Mail gerade nicht vor mir liegen.

Vorsitzender Michael Müller: Er schreibt: Ich gebe zu bedenken, dass Vertrauen gegenüber der Politik und den Institutionen relativ gering ist. Ob dies mit einem Neustart des Suchverfahrens mit den vorgesehenen organisatorischen Änderungen erreicht werden kann, bleibt gleichwohl fraglich. - Das streitet ja niemand ab. Aber es geht um den Versuch.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das sollten wir ein bisschen umformulieren. Vielleicht: mit dem Ziel, neues Vertrauen in der Gesellschaft aufzubauen.

Jürgen Voges: Ich habe auch einen Formulierungsvorschlag: um durch eine Verständigung über den Umgang mit den Folgen einer komplexen Technologie neues Vertrauen in der Gesellschaft aufzubauen.

Vorsitzender Michael Müller: Dann führt man die beiden Spiegelstriche zusammen. Ich habe nichts dagegen; das geht auch. Aber meines Erachtens sind Vertrauen und Verständigung natürlich noch immer zwei unterschiedliche Begriffe.

Jürgen Voges: Es heißt ja: durch eine Verständigung ... Vertrauen ... aufzubauen.

Vorsitzender Michael Müller: Ich glaube nur, dass dieses Vertrauen nicht allein eine Frage der Verständigung mit Technik ist.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: In der AG 1 sind wir in der Art, wie wir uns ausdrücken, inzwischen etwas bescheidener geworden. Wir reden nicht mehr von Vertrauensaufbau, sondern von der Glaubwürdigkeit des Verfahrens usw. Wir sagen eher: Was können wir beitragen, damit das eine Chance hat? Denn es kam immer viel Kritik: Was bildet ihr euch in eurer Kommission ein, in der Politik Vertrauen aufzubauen?

Vorsitzender Michael Müller: Dann nehmen wir doch den Satz von Herrn Voges, nur am Ende mit „beizutragen“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, das ist gut.

Erhard Ott: Auch das Thema Glaubwürdigkeit ist mit einzubauen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, ist ja: um zum Aufbau neuer Glaubwürdigkeit beizutragen.

Gibt es weitere Anmerkungen zum Punkt 2.1? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zum Punkt 2.2: Eine neue sozialethische Grammatik. - Da ist versucht worden, aus den Papieren, die in der Zwischenzeit in dem Arbeitsprozess der beiden Kirchen erstellt worden sind - die haben unter der Leitung von Vogt eine Arbeitsgruppe gebildet; auch Professor Manemann, Renn und andere sind dabei -, einen Text zu entwickeln. Ich habe ein bisschen aus diesem Text genommen. Der Text von denen ist noch nicht fertig. Ich habe mit Renn darüber gesprochen. Er fand das okay und auch in dem Sinne, wie die das machen wollen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Mir ist das noch immer ein bisschen zu philosophisch. Ich bin da eher am Praktischen orientiert. Ich finde es zwar richtig, dass man das hineinschreibt. Aber beispielsweise der dritte Absatz ist meiner Meinung nach nur noch in der Philosophie. Aber ich lasse mich gerne überzeugen, dass das so sein muss.

Vorsitzender Michael Müller: Ich erinnere an das berühmte Buch „The Pilgrim's Progress“ von Bunyan aus dem Jahr 1678. Darin wird die jüdisch-christliche Tradition aufgegriffen. Seitdem wird die europäische Kultur vom Gedanken der Linearität geprägt. Alle Probleme, die wir erzeugen, werden automatisch in der Zukunft gelöst. Das ist der Glaube, der dahintersteht, der einen sehr religiös-heilsgeschichtlichen Hintergrund hat; denn bis dahin war eher die Philosophie, dass das Glück der Menschen erst im Himmel zu finden ist.

Seit dem „Pilgrim's Progress“, also seit der Ideengeschichte der Renaissance und dem Zeitalter der Entdeckung, der Eroberung, - sagt man: Die Heilsgeschichte kann schon auf Erden passieren, wenn man vor allem zwei Elemente, nämlich den technischen Fortschritt und die Bildung, zusammenpackt und das verbreitet. - Ich will das gar nicht bewerten. Aber daraus hat sich der Glaube an all das entwickelt, was uns heute prägt oder meines Erachtens zu viel prägt, nämlich die Idee des Wachstums und der technischen Lösbarkeit aller Probleme. Das hat darin seinen Hintergrund.

Das ist natürlich sehr knapp geschrieben; da gebe ich Sylvia Kotting-Uhl recht. Aber es steht schon etwas dahinter. Das ist die Philosophie, die Europa geprägt hat, die in die ganze Wachstums- und Technikphilosophie geht und die eigentlich seit den 70er-Jahren dabei ist, zu brechen, seit dem Club of Rome, seit vielen anderen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Mir geht es immer darum: Ich möchte, dass dieser Bericht gelesen wird. Wenn wir uns zu sehr in Bereiche begeben, in die schon ein Großteil dieses Parlaments nicht mehr geht - außerhalb genauso -, dann frage ich mich, welchen Gefallen wir uns damit tun.

Die ersten beiden Absätze finde ich prima, den vierten Absatz mit der Industriegesellschaft, der Industriefolgengesellschaft und der Risikogesellschaft auch. In dem Absatz dazwischen stehen natürlich auch tolle Gedanken, nämlich das mit dem geschichtsphilosophischen Optimismus und dass das Ranghöhere durch die Idee des Fortschritts das jeweils Spätere ist. Aber vielleicht kann man das Ganze noch ein bisschen unterbrechen, ein bisschen bodenständiger machen.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, das können wir versuchen. Ich will das ja auch gar nicht abstreiten. Aber meine Erfahrung ist eher, dass es gerade gut ist, wenn sich die Politik auch einmal auf solche Felder begibt, weil man es ihr so wenig zutraut.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Im ersten Absatz ist eine begriffliche Unschärfe drin, und zwar hängt die an dem Wort „Verständnis“. Da fragt man sich nämlich: Von welchem Verständnis der Linearität? Gemeint ist aber vom Gedanken oder von der Vorstellung. Wenn ein erster Absatz mit einer sozusagen etwas schiefen Begrifflichkeit beginnt, dann stört das beim Lesen.

Vorsitzender Michael Müller: Man kann auch schreiben: vom Gedanken oder von der Vorstellung; das ist mir egal. In dem Sinne ist Verständnis gemeint - jedenfalls für mich -, nämlich vom

eigenen Verständnis. Aber gut, es kann auch „Vorstellung“ heißen.

Wir haben jetzt darüber zu entscheiden, ob wir so etwas hereinnehmen oder nicht. Ich persönlich finde es attraktiv.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich habe an dieser Stelle eine grundsätzliche Frage zu dem Ganzen. Jetzt sitze ich als einzige Abgeordnete hier. Ansonsten ist Herr Ott noch hier, was mich sehr freut. Aber die Frage ist: Ich setze mich jetzt den Nachmittag gerne hierhin. Aber was hat das, was wir heute hier machen, für eine Relevanz? Was macht dann beispielsweise Herr Kanitz damit?

Anna Bleser: Mein Name ist Anna Bleser. Ich bin wissenschaftliche Mitarbeiterin von Herrn Kanitz.

Auch ich habe eben erst erfahren, dass nur so wenige Teilnehmer hier sind. Herr Müller hatte eingangs gesagt, dass er mir für Herrn Kanitz Rede-recht erteilt. Ich kann bei dem einen oder anderen Punkt sicherlich die grobe Stoßrichtung vor-geben, die sich Herr Kanitz vorstellt. Aber ich gebe Ihnen absolut recht, dass es schwierig ist, jetzt durch diesen Text durchzugehen und ihn zu beschließen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wie weit sind Sie denn im Bilde, was Herrn Kanitz' Vorstellungen bei diesem Text sind oder womit er Probleme hat?

Anna Bleser: Wir haben gestern ein Schreiben an den Arbeitsgruppenvorsitzenden geschickt, das Ihnen jetzt als Tischvorlage vorliegt. Darin ist insbesondere der Punkt herausgearbeitet, den Sie, Frau Kotting-Uhl, gerade angesprochen haben, nämlich dass wir der Meinung sind, man müsste das Ganze etwas kürzerfassen und straffen. Das bezog sich allerdings nicht auf den Teil A, sondern mehr auf Teil B. Vor dem Hintergrund, dass Herr Müller aber gerade sagte, dass die ersten zwei Punkte von Teil A quasi eine verkürzte Zusammenfassung von Teil B darstellen,

würde ich schon sagen, dass das dafür eine Relevanz hat. Insofern würden wir das, was Sie eben geäußert haben, auf jeden Fall unterstützen.

Eines von Herrn Kanitz' Anliegen ist immer gewesen - das hat er in seinem Schreiben vom 17. Juni 2015 klargemacht -, dass es für ihn wichtig ist, dass der Text für den interessierten Bürger wirklich verständlich ist, dass man die Bürger damit erreicht. Wir stellen in diesem Zusammenhang die Frage heute gerne noch einmal, inwieweit eine solche philosophische Abhandlung dieses Ziel erreicht oder erreichen kann.

Vorsitzender Michael Müller: Wenn ich dazu eine philosophische Abhandlung schreiben würde, dann käme ich mit dem Platz nicht aus; das will ich einmal so deutlich sagen. Obendrein bin ich mir mit dieser These nicht ganz sicher. Wenn die Politiker immer alle Bürger erreichen, weshalb liegt dann die Wahlbeteiligung heute nur noch bei 50 Prozent? Da stimmt doch irgendetwas nicht. Also: An diesen Text glaube ich nicht. Ich glaube, dass es auf die Stimmigkeit, die Einordnung und die Begründung ankommt.

Ich sage immer: Politik muss sich in zweierlei auszeichnen, nämlich sowohl in der Zugänglichkeit zur alltäglichen Praxis und Lebenswelt als auch - darin unterscheidet sich Politik von allen anderen Bereichen ; wenn sie sich nicht unterscheidet, dann versagt sie - in der Darstellung von Zusammenhängen, Wertungen und Hintergründen.

Wenn sie das Erste nicht macht, dann wird das Zweite mit dem Pragmatismus auch sehr schnell vorbei sein. Historisch ist der Pragmatismus - wenn ich das einmal sagen darf -, der von Spencer in der amerikanischen Philosophie eingeführt wurde, nicht die Infragestellung von Philosophien oder langfristigen Zielen und Perspektiven gewesen, sondern immer nur ein Streit über die Frage, auf welchem Weg man das erreichen kann.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, natürlich.

Vorsitzender Michael Müller: Insofern hat der Pragmatismusbegriff, der in Deutschland eingeführt wurde, mit der Philosophie des Pragmatismus eigentlich gar nichts zu tun. Das ist ja das Interessante. Aber das will ich hier gar nicht thematisieren.

Ich will nur sagen: Ich finde es richtig - das war von Anfang an mein Verständnis -, dass die Kommission zu diesem Thema etwas sagt.

Ich sage das auch aus einem anderen Grund. Ich glaube, dass die frühere Endlagersuche auch deshalb gescheitert ist, weil sie das Problem auf technische Fragen reduziert hat. Sie hat die gesellschaftliche Einbindung nicht gemacht. Wenn man einen Neustart macht, dann muss man die gesellschaftliche Einbindung hinbekommen. Sonst wird es nicht funktionieren; davon bin ich überzeugt.

Anna Bleser: Ich würde gerne auf die Frage von Frau Kotting-Uhl zurückkommen, was ich denn glaube, was ich für Herrn Kanitz heute vertreten könnte.

Wir haben schon einige Male, wie von Herrn Ott angesprochen, über den Teil A, und zwar über den dritten Aspekt, die Leitsätze, gesprochen. Wir wären heute so weit, dass wir sie beschließen könnten.

Zum Teil B, wenn Sie hier mehrheitlich entscheiden, dass man auch das heute bespricht, kann ich einzelne Dinge im Auftrag von Herrn Kanitz sagen. Ich plädiere aber dafür, das lieber auf eine nächste Sitzung zu verschieben.

Jürgen Voges(Geschäftsstelle): Unabhängig vom Gehalt des Teils 2.2 fehlt mir ein bisschen der Bezug zu der Problematik, den die Kommission bearbeitet. Der ist natürlich implizit da. Ich nenne nur einmal den Satz:

Die sichere Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe wirft auch zukunftsethische Fragen auf.

Ich vermissе allerdings ein bisschen, in welcher Weise sie diese Fragen tatsächlich aufwirft.

Vorsitzender Michael Müller: Entschuldigung, aber es gab die Vorgabe: nicht mehr 4 800 Zeichen. Das sind jetzt 4 792 Zeichen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also dürfen wir nur noch kürzen und nichts mehr hinzufügen.

Michael Müller: Oder umbauen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich fand es erstaunlich, als ich vorhin die Anmerkungen von Herrn Thomaske durchgesehen habe, dass er mit diesen Absätzen gar keine Probleme hat. Er greift ja erst bei den Grundsätzen ein bisschen stärker ein. Insofern scheint inzwischen eine Verständigung darüber hergestellt zu sein, dass man in diese Bereiche hineingehen soll. Das stand am Anfang durchaus zur Debatte.

Wir könnten in dieser kleinen Gruppe zumindest sagen, dass der Teil 2.1 abgesegnet ist, dass der Teil 2.2 im Kern auf jeden Fall erhalten bleiben muss, aber dass man einzelne Abschnitte vielleicht noch ein bisschen herunterbricht. Manchmal kann man das Gleiche auch mit weniger ausdrücken. Ich komme nun einmal nicht aus dem philosophischen Bereich.

Im dritten Absatz heißt es:

Die Ideengeschichte der europäischen Moderne wurde vom Verständnis der Linearität geprägt.

Da sind wir jetzt schon bei der Vorstellung. Man kann es auch einfacher sagen: Die Leitidee der europäischen Moderne war die Vorstellung von der Linearität. - Man sollte ein paar Sätze ein bisschen vereinfachen, ohne dass man dadurch die Aussage verfälscht.

Anna Bleser: Verständlicher fassen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Für den nicht so gebildeten Bürger.

Erhard Ott: Für den Nichtphilosophen.

Vorsitzender Michael Müller: Also: Die Leitidee der europäischen Moderne war die Vorstellung von der Linearität.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich habe das jetzt nur als Beispiel genannt. Ich weiß jetzt auch nicht, wer das machen kann und wann.

Vorsitzender Michael Müller: Das müssen wir heute machen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Man muss das Ganze durchgehen und schauen, wie man die Sätze noch ein bisschen herunterbrechen kann. Denn heute ganz viel Feinarbeit zu machen, und dann kommen alle, die heute nicht da waren, und sagen wieder etwas anderes.

Vorsitzender Michael Müller: Ich kann es nicht ändern. Aber ich sage es noch einmal: Wir müssen im Januar einen Entwurf haben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, ich weiß dies wohl.

Anna Bleser: Ich würde gerne unterstützen, was Frau Kotting-Uhl gerade gesagt hat, nämlich dass wir den ersten Teil beschließen, dass man den Punkt 2.2 überarbeitet und dass wir jetzt zu den Leitsätzen übergehen. Ich glaube, das war Ihr Vorschlag.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das wäre mein Vorschlag, ja.

Erhard Ott: Das kann ich durchaus teilen. Ich würde aber an die nicht anwesenden Mitglieder der Arbeitsgruppe und an uns appellieren, wenn wir das abschließende Papier durchgehen, dass dann keine allgemeinen Hinweise mehr kommen, was noch geändert werden soll, sondern dass dann konkrete Formulierungsvorschläge gemacht

werden. Sonst kommen wir in der Tat in die Situation - das hat Michael Müller gesagt -, dass wir uns noch zweimal treffen und noch immer über einzelne Formulierungen streiten. Ich glaube, das bringt uns nicht weiter.

Vorsitzender Michael Müller: Ich möchte darauf hinweisen, dass der Teil 2 auch mit Vertretern besprochen wurde, die von den Fraktionen in der Fortschritts-Enquete des Bundestags waren, beispielsweise mit Matthias Zimmer von der Union, der das alles gut findet. Ich will damit nur deutlich machen: Das ist nicht einfach nur ein Hobby, sondern dies ist durchaus ein Text, der schon auf der Höhe der Zeit ist, jedenfalls der sozialwissenschaftlichen Zeit.

Unser Angebot dazu ist - ich spreche jetzt für Herrn Voges und mich; ich habe den Text geschrieben -, dass der Journalist Voges versucht, mit mir zusammen noch einmal drüberzugehen, und wir das sprachlich in der einen oder anderen Ecke noch vereinfachen. Aber wir müssen auch versuchen, dies der Kommission zumindest zur Kenntnis zu bringen.

Erhard Ott: Das heißt, dass die Kernaussagen bestehen bleiben?

Vorsitzender Michael Müller: Wir werden das überarbeiten, ohne die Substanz oder die Aussagen zu verändern, und gucken, ob wir die eine oder andere Frage etwas einfacher darstellen.

Anna Bleser: Von welchem Teil sprechen Sie jetzt?

Michael Müller: Von Teil 2.2. Ich bin jetzt bei der sozial-ethischen Grammatik.

Entschuldigung, wenn ich das sage: Es ist verdammt schwer, eine solche Problematik auf nur anderthalb Seiten zu beschreiben. Über diese Sache finden in der Philosophie und in den Sozialwissenschaften Auseinandersetzungen statt, da

werden einzelne Begriffe über 30, 40 Seiten herunterdefiniert. Das tut hier niemand, sondern wir versuchen es noch vergleichsweise einfach.

Ich will es noch einmal sagen: Es geht darum, dass man erst einmal Zukunftsethik beschreibt - das finde ich auch notwendig; das ist übrigens auch eine Auseinandersetzung mit denjenigen, die sich der Arbeit hier verweigern -, dass sich aber aus der Zukunftsethik - gewollt oder ungewollt - eine Verantwortung ergibt, der man sich stellen muss. Das ist die Einstiegsbeschreibung. Daraus ergeben sich aus meiner Sicht zwei Grundüberlegungen, nämlich erstens, dass Wissen maximiert werden muss, und zweitens, dass über die Veränderungen, die sich durch Wissen ergeben, neue Verständigungen zu erreichen sind. Das ist das, was Kant als „Gerichtshof der Vernunft“ bezeichnet hat.

Dann wird die Ausgangssituation beschrieben. Das können wir aus meiner Sicht nicht streichen, wohl aber einfacher machen.

Dann kommt der qualitative Umbruch, der heute stattgefunden hat, dass die Industriegesellschaft immer mehr eine Industriefolgengesellschaft wird, was eine ganz wichtige Aussage ist, weil das der Angriff auf die Linearität ist. Die Linearität glaubte ja immer, Industrieproduktion löse Industrieproduktion aus. Aber jetzt sehen wir auf einmal: Die Folgen der Industrieproduktion hätten vorher bedacht werden müssen, um bestimmte Entwicklungen zu verhindern. Das sehen wir gerade in der Energiefrage in aller Deutlichkeit, aber nicht nur da. Das ist das - das ist der fünfte Absatz -, was Ulrich Beck als „Konflikt der zwei Modernen“ bezeichnet. Ich will da gar nicht bis zum Ende gehen. Ich finde, dass Ulrich Beck in seinen Konsequenzen ein bisschen dürftig ist; das will ich nicht verhehlen. Ich finde ihn in seiner Analyse sehr gut, aber nicht in seinen Konsequenzen, weil da nicht viel ist.

Daraus wird dann gesagt, dass Nachhaltigkeit die Alternative ist und dass diese Nachhaltigkeit bedeutet, dass wir jetzt den Diskurs für einen neuen

Konsens suchen müssen. Ich finde, der Gedankengang ist in sich schlüssig. Aber wir können ihn in der einen oder anderen Frage sicherlich noch etwas einfacher darstellen. Das ist dann unsere Bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich könnte zu dem ersten und zweiten Absatz bis zum „Gerichtshof der Vernunft“ Ja sagen. Ich finde, das, was da steht, ist völlig richtig, verständlich und wichtig. Der „Gerichtshof der Vernunft“ prüft, ob unsere Institutionen, Handlungsmodelle und Denkrichtungen dieser Herausforderung gerecht werden. Da bin ich beim Lesen jedes Mal etwas hängen geblieben und habe gefragt: Ist das denn richtig? Denn wenn der prüfen würde, hätte sich eigentlich schon eine Änderung ergeben müssen.

Vorsitzender Michael Müller: Es gibt leider keine; das ist ja das Problem.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, eben. Deswegen würde ich sagen: Er prüft nicht, oder er kommt zumindest nicht dazu.

Vorsitzender Michael Müller: Man kann auch schreiben: muss prüfen oder müsste prüfen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Sollte prüfen. - Ja, genau. Man könnte dies aber auch weglassen. Das ist zwar ein schöner Begriff von Kant, aber - -

Vorsitzender Michael Müller: Er ist sehr eingeführt in der letzten Zeit, auch in der Debatte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Der Satz: „Dabei müssen wir uns eingestehen, was wir heute nicht wissen und nicht können“, ist wunderbar einfach, jeder versteht ihn, und er sagt eigentlich alles aus, finde ich.

Vorsitzender Michael Müller: Dann schreiben wir danach einen kurzen Satz: Das ist im Sinne von Kant der „Gerichtshof der Vernunft“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, okay. - Dann kommt der Absatz, den ich vom Gedanken her schön

finde, den man aber sprachlich noch ein bisschen bearbeiten sollte.

Dann kommt der Absatz mit der Industriegesellschaft. Ich finde, den kann man so lassen. Danach kommen wir zu Beck.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Da muss es „sah“ statt „sieht“ heißen.

Michael Müller: Genau, weil er leider gestorben ist.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, leider. - Ja, das finde ich okay.

Vorsitzender Michael Müller: Ich würde sagen, wir gehen insgesamt noch einmal drüber.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich hätte nur in Bezug auf den dritten Absatz den Wunsch, das ein bisschen klarer zu machen. Von mir aus könnte der Rest so bleiben.

Können Sie für Herrn Kanitz etwas dazu sagen? Einerseits geht es immer um die Frage: Will man diese Gedanken, diese Aussagen haben? Andererseits stellt sich die Frage: Sind sie so, wie sie da geschrieben stehen, schon richtig, oder haben wir noch Änderungswünsche?

Anna Bleser: Ein Punkt fällt mir in dem Beck-Satz weiter unten noch auf:

Die Gefahren übergreifen Generationen und Nationen. Damit lassen sie sich nicht mehr wie früher eingrenzen, berechnen und ausgleichen.

Jürgen Voges: Eigentlich müsste es heißen: „... nicht mehr wie früher *die Risiken* eingrenzen ...“. Risiko ist das Kalkulierbare, und die Gefahr - so ist jedenfalls der Ansatz - ist - -

Vorsitzender Michael Müller: Die Risiken, ja. Das ist ja die Unterscheidung zwischen Gefahren

und Risiken. Das ist da der Grundsatz. Wir können das zur Erklärung noch dahinterschreiben: wie früher Risiken. - Das wird ja dann mit Haftung, Versicherungsschutz usw. erklärt.

Man muss sehen: Beispielsweise auch unser Umweltrecht geht historisch vom Gedanken des erweiterten Polizeirechts aus, also von dem Gedanken: Es passiert etwas, man sieht es, stoppt es, und dann ist alles okay. Nur: Das stimmt eben bei diesen Gefahren nicht, wie wir sehen. Das stimmt nur bei Risiken. Risiken sind deshalb versicherbar. Aber Gefahren sind nicht mehr versicherbar. Beispielsweise Atomenergie kann man im traditionellen Sinne nicht versichern.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Theoretisch schon.

Vorsitzender Michael Müller: Ja. Aber nicht im traditionellen Sinne, sage ich ja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich weiß gar nicht, ob Beck das meint.

Vorsitzender Michael Müller: Doch, doch. Das geht ja auf den Aufsatz von Rainer Wolf zur Antiquiertheit des Ordnungsrechts zurück. Beck schreibt in „Der Konflikt der zwei Modernen“, dass sozusagen die erste Moderne bestimmt war von der Versicherbarkeit usw. Dann sagt er aber: Der Wechsel von Risiken in Gefahren ist nicht mehr vereinbar mit der Versicherungsidee, mit dem Ordnungsrecht usw. - Das ist sein Gedanke. Das ist hier sehr knapp dargestellt; das gebe ich zu. Aber es ist ebenso.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wir haben ein bisschen das Problem, dass wir im Sprachgebrauch - der wird sich jetzt auch nicht ändern - immer vom Risiko der Atomkraft, von der Gefahr der Atomkraft sprechen. Da ist das dann ein bisschen verwirrend.

Vorsitzender Michael Müller: Das weiß ich nicht. - Die Risikobetrachtung hat immer zwei Dimensionen: Das eine ist die Eintrittswahrscheinlichkeit, und das andere ist der Gefahrenumfang.

In Bezug auf die Eintrittswahrscheinlichkeit ist die Kernenergie in einer Risikobetrachtung sogar relativ günstig, nicht weil ich das jetzt damit relativieren will, sondern weil die Eintrittswahrscheinlichkeit beispielsweise unter dem steht, dass in ganz New York die Aufzüge ausfallen.

In der Gefahrenbetrachtung hingegen steht dies ganz oben, weil nämlich, wenn dies eintritt - es ist nicht auszuschließen, dass es eintritt -, die Folgen so gewaltig sind, dass sie jedes Risiko übersteigen. Das ist genau der Unterschied, den Beck auch herausarbeitet.

Wir kommen jetzt zum Punkt 2.3.

Anna Bleser: Darf ich kurz fragen, wie wir jetzt da verblieben sind?

Vorsitzender Michael Müller: Wir waren so verblieben, dass Herr Voges über den gesamten Text geht, die hier gemachten Anmerkungen aufgreift, insbesondere im dritten Absatz sprachliche Glättungen vornimmt und auch die anderen Punkte umsetzt, die wir angesprochen haben, wie „sah“ statt „sieht“, die Risiken einfügen usw.

Anna Bleser: Bei allem, bis einschließlich des Absatzes zu der Industriegesellschaft, wäre ich bei Frau Kotting-Uhl. Diesen Beck-Satz finde ich allerdings im Moment schwierig zu beurteilen, wie das mit Haftung, Atom usw. aussieht.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist doch Stand der Wissenschaft.

Anna Bleser: Ja. Aber bei diesem Punkt würde ich mich gerne zurückhalten.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, gerne. Aber wie gesagt: Das ist Stand der Wissenschaft.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Aber wenn das gegenüber der Alltagssprache missverständlich ist, dann muss da vielleicht noch einmal - -

Vorsitzender Michael Müller: Entschuldigung, das wird doch am Anfang erklärt. Es wird gesagt: Der Sozialwissenschaftler macht die Unterscheidung zwischen erster und zweiter Moderne und kennzeichnet das an der Unterscheidung der Begriffe zwischen Risiken und Gefahren. Das ist doch da beschrieben.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ja. - Man könnte auch schreiben: Damit lassen sie sich nicht mehr wie eingrenzbare Risiken früher berechnen und ausgleichen.

Vorsitzender Michael Müller: Das können wir alles machen. Aber wie gesagt: Der Kerngedanke zwischen der ersten und zweiten Moderne ist die Unterscheidung zwischen Risiken und Gefahren. Das ist der entscheidende Punkt. Ich finde, der ist gravierend und auch einsichtig.

Gut. Dann machen wir das in dem Sinne, dass wir noch einmal drübergehen.

Kommen wir zum Punkt 2.3. Auch dazu haben wir ein paar Anmerkungen von Herrn Thomauske.

Wir haben eine Veränderung vorgenommen. Herr Voges hat das insbesondere mit Herrn Kanitz abgestimmt. Wohin wollen wir den ursprünglichen Absatz 3 stellen?

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Nein. - Der Absatz 7 mit dem Ausstieg aus der Kernenergie - -

Vorsitzender Michael Müller: Den wollten wir eigentlich nach vorne ziehen.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Da gibt es die Frage, ob man den nicht weiter nach vorne bringen sollte.

Vorsitzender Michael Müller: Dass man den zum Absatz 2 macht.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Genau, dazu gab es den Wunsch.

Vorsitzender Michael Müller: Denn alles andere ist das Spezielle zur Endlagerung, und auf einmal hat man nach hinten einen Bruch.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, das stimmt.

Vorsitzender Michael Müller: Deshalb würden wir empfehlen, den ursprünglichen Absatz 7 zum Absatz 2 zu machen, jetzt einmal unabhängig vom Text.

Anna Bleser: Ja, damit sind wir einverstanden.

Vorsitzender Michael Müller: Ich schlage vor, wir gehen jetzt die einzelnen Absätze durch.

Absatz 1. - Da ist nichts, wenn ich das richtig sehe.

Dann kommen wir zu dem ursprünglichen Absatz 7. - In dem Ursprungstext ist nichts anderes gemacht worden, als die Formulierung aus dem Beschluss des Deutschen Bundestags zu nehmen, in dem steht: Mit überwältigender Mehrheit hat sich der Deutsche Bundestag zum unumkehrbaren Ausstieg aus der Kernenergie bekannt. - Ich weiß nicht, warum man das ändern soll. Ich kann jetzt nicht nachvollziehen, was Herr Thomauske da meint.

Anna Bleser: Nur um sicherzugehen, dass ich den richtigen Satz habe:

Wie die überwältigende Mehrheit des Deutschen Bundestages bekannt sich auch die Kommission zum gesetzlich verankerten Ausstieg aus der Kernenergie.

Vorsitzender Michael Müller: Genau.

Anna Bleser: Ja, das können wir absolut mittragen.

Vorsitzender Michael Müller: Das soll nach Ansicht von Herrn Thomauske gestrichen werden.

Erhard Ott: Das ist genau der Punkt, der mich bei der Änderung, die er vorgeschlagen hat, stutzig gemacht hat; denn dass auch wir als Kommission ausdrücklich sagen, dass wir den Ausstieg aus der Kernenergie mittragen, das ist doch unstrittig. Das wäre dann verschwunden. Insofern kann ich diesen Änderungsvorschlag nicht akzeptieren.

Vorsitzender Michael Müller: Ich möchte auch gerne die beiden nachfolgenden Sätze behalten:

Der Ausstieg hat einen gesellschaftlichen Großkonflikt entschärft. Das ist für uns eine Verpflichtung, auch bei der dauerhaften Lagerung radioaktiver Abfälle zu einem breiten Konsens in der Gesellschaft zu kommen.

Ich finde, das ist in sich schlüssig.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Der Ursprungstext ist besser.

Vorsitzender Michael Müller: Gut. - Dann kommen wir zu dem ursprünglichen Absatz 2. - Dazu liegen mir keine Anmerkungen vor.

Dann kommen wir zum Absatz 3.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Mir fällt auf, dass wir zwischen dem Wort „Pfad“, also in der Mehrzahl, und dem Wort „Pfad“ hin und her switchen. Im dritten Absatz ist von Pfaden die Rede, wohingegen im Absatz 5 von einem Entsorgungspfad gesprochen wird.

Vorsitzender Michael Müller: Dann muss es auch im Absatz 5 „Entsorgungspfade“ heißen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wir müssen uns einmal grundsätzlich darauf einigen. Wir haben jetzt durch das NaPro ein neues Problem und müssten in der Tat eventuell unterschiedliche Pfade aufzeigen. Eigentlich war die Aufgabe nach dem Gesetz, einen Entsorgungspfad zu beschreiben.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Wenn der Entsorgungspfad nicht feststeht, dann steht möglicherweise auch der Rest noch nicht fest.

Vorsitzender Michael Müller: Was heißt das jetzt?

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Wenn man den Entsorgungspfad nicht kennt, kann man vielleicht auch keine Sicherheitsanforderungen, Auswahlkriterien beschreiben. Insofern ist die Formulierung, die hier steht, eigentlich schon die richtige.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das sage ich doch.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich bin noch nicht ganz damit einig. Wir hatten das zumindest in dieser Gruppe noch nicht ausdiskutiert.

Die Kommission beschreibt in einem ergebnisoffenen Prozess mögliche Pfade. Das ist mir, selbst wenn wir jetzt das NaPro-Problem haben, mit dem wir umgehen müssen, noch immer zu breit; denn ich würde das so interpretieren: Aha, da bekomme ich jetzt fünf, sechs unterschiedliche Möglichkeiten präsentiert, mit Kriterien und allem, was dazugehört. In einem weitergehenden Prozess wird entschieden, was wir jetzt verfolgen.

Das ist nicht der Auftrag. Der ursprüngliche Auftrag war klar und sagt uns, wie, in welchem Prozess, mit welcher Öffentlichkeitsbeteiligung und auf Basis welcher Kriterien wir den hoch radioaktiven Müll endlagern sollen. Das war die Aufgabe, die jetzt durch das NaPro und die Aufforderung: „Guckt doch, ob ihr euch nicht auch noch um den Asse- und den Urenco-Müll kümmern könnt“, etwas infrage steht.

Das heißt aber nicht, dass wir deswegen einen breiten Strauß von Pfaden aufmachen, sondern das heißt - darauf haben sich jetzt auch die Berichterstatter in ihren Empfehlungen geeinigt -, dass wir wahrscheinlich an dem Set der Kriterien

für die hoch radioaktiven Abfälle weiterarbeiten und gleichzeitig sagen, was getan werden muss, damit man bei dieser Suche auch bedenken kann, auch die anderen Chargen Abfall eventuell endzulagern. Dies können wir aber, bis wir fertig sind, gar nicht entscheiden, weil wir zumindest Forschungsergebnisse brauchen, was man bei den Asse-Abfällen erwarten muss.

Wie gesagt: Das mit dem ergebnisoffenen Prozess, den möglichen Pfaden ist mir zu offen.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ein Vorschlag wäre die Ergänzung: Die Kommission beschreibt dafür in einem ergebnisoffenen Prozess Pfade, die wissenschaftlich fundiert sind, und entscheidet, welcher größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten vermag.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Und was meint der ergebnisoffene Prozess?

Vorsitzender Michael Müller: Das steht ja sogar im Gesetz.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja. Aber später soll es ein ergebnisoffener Prozess sein, bei der Suche.

Vorsitzender Michael Müller: Hier steht ja auch etwas von der Suche.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nein, die Kommission beschreibt - -

Vorsitzender Michael Müller: Ach so, dann ist das falsch. Dann müssen wir schreiben: Die Kommission beschreibt für einen ergebnisoffenen Suchprozess mögliche Pfade.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber mögliche Pfade sind ja nicht alle wissenschaftlich fundiert. Unsere Kategorie C ist nicht wissenschaftlich fundiert und fliegt deswegen auch raus.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Man könnte schreiben: ... mögliche Pfade und entscheidet,

welcher Pfad größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten vermag.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja. Und dann noch der Anschluss: Grundlage aller Vorschläge ...

Vorsitzender Michael Müller: ... ist der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber das passt wieder nicht zu dem vorher; denn wir haben jetzt gesagt - -

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Dann schreiben wir: ihrer Vorschläge.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Gut.

Vorsitzender Michael Müller: Dann kommen wir zum Absatz 4.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Dabei geht es um die Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen. Das sind diese Proliferations-Sachen, an denen wir gerade in der AG 2 noch etwas arbeiten. Diesen Punkt würde ich im Moment noch in Klammern setzen; denn wenn wir dazu kommen, dass wir dann doch ein generelles Forschungsverbot empfehlen - -

Vorsitzender Michael Müller: Wir können den letzten Satz aber auch streichen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich könnte ihn gerne streichen. Aber man könnte ihn auch einklamern und sagen: Das hängt noch von den Ergebnissen der AG 2 ab und wie sich die Kommission da entscheidet.

Das Problem - das wissen wahrscheinlich alle - ist Garching im Moment. Je nachdem, wie es dort aussieht, wird die Empfehlung aussehen. Dann kann man diesen Satz drin lassen, oder er kann rausfallen, wenn wir merken, dass es bei Garching eine andere Lösung gibt.

Anna Bleser: Herrn Kanitz liegt es sehr am Herzen, diesen Satz drinzulassen. Ich sehe aber auch keinen Konflikt mit dem Beschluss, den wir jetzt zum Thema Exportverbote hervorrufen möchten. Auch in dem Beschluss steht ja drin, dass Forschung usw. geschützt werden soll. Ich glaube, darauf bezieht er sich in erster Linie. Deswegen würde ich den Satz erst einmal drinstehen lassen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wir sind mit der Beschlussfassung noch nicht durch. Da ist schon noch Diskussionsbedarf vorhanden. Ursprünglich ging es um Jülich. Jülich ist inzwischen abgeräumt. Es geht nur noch um Garching. Da müssen wir noch eine Runde drehen; denn den völkerrechtlichen Verträgen entspricht das, was wir gerade zu Garching diskutieren, eigentlich nicht. Garching bezieht seinen Brennstoff nämlich aus Russland. Wir diskutieren im Moment darüber, dass man das in die USA exportieren können muss. Das entspricht aber nicht den Verträgen; denn die sagen: ins Ursprungsland. Nach Russland will aber bei uns kein Mensch exportieren. Deswegen müssen wir da noch eine Runde drehen, wie wir damit umgehen.

Ich würde vorschlagen: Dieser Satz ist damit nicht weg. Aber wir sollten ihn einklamern, bis es eine klare Beschlusslage dazu gibt.

Vorsitzender Michael Müller: Ich meine, das mit den völkerrechtlichen Verträgen ist deshalb problematisch - jetzt einmal unabhängig davon, dass ich das teile -, weil natürlich eine Debatte hochkommt, dass in den letzten Jahren in Garching etwas gemacht worden ist, was eigentlich gar nicht hätte gemacht werden dürfen. Wir kennen ja den Streit.

Seit Anfang des Jahrhunderts machen die Amerikaner einen enormen Druck, dass kein HEU verwendet wird. Aber das ist lange Zeit weiter verwendet worden, weil es für diesen Reaktor angeblich keine technische Alternative gibt und man deshalb hoch angereichertes Material neh-

men musste. Röttgen hat 2010 nach den Vorarbeiten gesetzlich bestimmt, dass die kein hoch angereichertes Material mehr verwenden dürfen. Aber sie tun es dennoch.

Ich meine, dieses Thema mit der Kommission zu thematisieren, wird eine öffentliche Debatte auslösen. Ich weiß nicht, ob die im Augenblick so hilfreich ist. Deshalb: So klein wie möglich halten, will ich damit nur sagen. Das ist nicht unser zentrales Thema, aber es berührt auf einmal solche Fragen.

Ich würde den Vorschlag von Frau Kotting-Uhl unterstützen, das jetzt erst einmal in Klammern zu setzen, in eine viereckige Klammer. Dann müssen wir gucken, wie die Debatte am Montag ausgeht. Einverstanden?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja.

Anna Bleser: Ja.

Vorsitzender Michael Müller: Okay. - Dann kommen wir zum Absatz 5. - Dazu wird angemerkt, das Wort „Korrektur“ durch das Wort „Korrekturmöglichkeit“ zu ersetzen. Ich weiß nicht, wo da der Unterschied ist.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Wenn es um spätere Korrekturen geht, dann findet die Korrektur selbst erst später statt.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das ist ja klar.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Genau genommen kann man immer nur im Vorab die Korrekturmöglichkeit gewährleisten, nicht die Korrektur selbst. Insofern ist die Anmerkung korrekt und ändert nichts am gemeinten Sinn.

Vorsitzender Michael Müller: Ich finde, umgangssprachlich ist „Korrektur“ ausreichend. Aber ich habe nichts dagegen, von einer Korrekturmöglichkeit zu sprechen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Herr Thomauske hat da wirklich recht. Ich bin zwar keine Philosophin, aber Germanistin. Wenn wir schreiben, eine spätere Korrektur von Fehlern ist zu gewährleisten, dann gehen wir davon aus, dass Fehler gemacht werden. Das wollen wir ja eigentlich nicht.

Vorsitzender Michael Müller: Ich glaube, dass der entscheidende Begriff „gewährleisten“ ist und nicht die Korrektur von Fehlern. Aber mir ist das egal.

Kommen wir zum Absatz 6. - Da kann auch „soll“ statt „muss eine breite Zustimmung“ stehen. Oder: bedarf einer breiten Zustimmung. - Das ist mir egal.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Was jetzt nicht mehr ganz stimmt, ist der zweite Satz. Was bedeutet der folgende Satz?

Die Kommission bezieht dafür die Erfahrungen von Regionen ein, in denen in der Vergangenheit Standorte benannt oder ausgewählt wurden.

Meint das, dass wir die Vertreter von Asse, Gorleben und Morsleben in der AG 1 hatten? Die haben wir ja gar nicht mehr vollständig.

Vorsitzender Michael Müller: Nein, es muss ja nicht immer - -

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Man müsste schreiben „in Regionen“ statt „von Regionen“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nein, „von“ ist schon richtig, finde ich. Das ist dann in Ordnung.

In Bezug auf den letzten Satz zur Transparenz bin ich der Meinung, dass das eher eine Empfehlung ist. Ob das in die Leitsätze gehört, ist fraglich.

Vorsitzender Michael Müller: Wo steht das?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Im zweiten Teil: Im Sinne größtmöglicher Transparenz usw. - Das ist eine Empfehlung für die Zukunft. Die Empfehlung ist zwar richtig, aber ob die ihren richtigen Ort in den Grundsätzen hat, ist fraglich.

Vorsitzender Michael Müller: Das Problem ist: Man muss irgendwo etwas sagen, wie eine Kontinuität gewahrt bleiben soll. Das finde ich schon wichtig. Das ist ja eines der Probleme auch bei der Asse. Wir haben im Grunde genommen fast überhaupt keine ausreichenden Daten. Wir wissen zum Teil gar nicht, was da drin ist.

Anna Bleser: Meine Frage dazu wäre, ob dieser Punkt nicht idealerweise unter Punkt 1 - Arbeitsweise der Kommission - zu fassen wäre.

Vorsitzender Michael Müller: Dann ist es aber kein Grundsatz, dass wir wollen, dass die Daten dauerhaft gesichert werden. Ich finde, das ist ein Grundsatz.

Anna Bleser: Wir tragen das gerne mit. Das war nur ein Vorschlag.

Vorsitzender Michael Müller: Ich finde, das ist nicht einfach nur eine Empfehlung, sondern ein Grundsatz. Wenn man sich schon der Transparenz verpflichtet, dann muss man auch dafür sorgen, dass die Daten dauerhaft allgemein zugänglich sind. Ich finde, das ist ein Grundsatz.

Erhard Ott: Auch ich finde, das gehört unbedingt mit hinein; denn die Voraussetzung ist, sich vorzustellen, was der interessierte Leser daraus macht. Wenn der im Wesentlichen die Grundsätze liest und damit durch ist, dann finde ich, dass diese in die Zukunft weisende Anforderung bei den Grundsätzen ganz entscheidend drin sein muss.

Vorsitzender Michael Müller: Wenn ich einen Vorschlag machen darf: ... zur Lagerung radioaktiver Abfälle dauerhaft in einer öffentlich-rechtlichen Institution aufbewahrt und allgemein zu-

gänglich gemacht wird. - Die Worte „veröffentlicht und“ kann man da streichen, weil das hinten noch einmal steht. Allgemein zugänglich machen ist ja veröffentlichen. Das ist doppelt gemoppelt.

Anna Bleser: Ja, das kann man kürzen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich hätte noch einen Änderungsvorschlag zu dem ersten Satz: Das empfohlene Auswahlverfahren strebt eine möglichst breite Zustimmung in der Gesellschaft an.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, strebt eine möglichst breite Zustimmung an.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Obwohl, das Auswahlverfahren selber strebt es ja nicht an.

Vorsitzender Michael Müller: Das soll zu einer führen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wir haben ja die Zustimmung der Gesellschaft nicht in der Hand. Sagen wir: Die Kommission strebt eine möglichst breite Zustimmung in der Gesellschaft für das empfohlene Auswahlverfahren an.

Vorsitzender Michael Müller: Nein. Sie will ein Auswahlverfahren vorlegen, das eine möglichst breite Zustimmung findet. Das ist schon etwas anderes.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, ich verstehe.

Vorsitzender Michael Müller: Dann würde ich das eher so schreiben: Die Kommission strebt ein Auswahlverfahren an, das eine möglichst breite Zustimmung in der Gesellschaft findet.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: So ist es gut.

Vorsitzender Michael Müller: Gibt es noch etwas zum Absatz 6? - Dann kommen wir zum Absatz 8. - Auch dazu macht Herr Thomauske einen Änderungsvorschlag.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist ein technischer Begriff.

Michael Müller: Das kennt kein Mensch.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Man könnte das Ganze natürlich um der Sauberkeit willen noch ein bisschen aufdröseln. Ich weiß nicht, wie viel Prozent von der öffentlichen Hand kommen. Ich glaube, 4 oder 5 Prozent der Abfälle hoch radioaktiver Art kommen von der öffentlichen Hand.

Vorsitzender Michael Müller: Forschung, Medizin.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, aber mehr ist es nicht. - Vielleicht könnte man sagen: ... haben die Betreiber der Kernkraftwerke für die Kosten einer sicheren Lagerung ihrer - - Ach nein, das steht ja sogar hier: ... die auf ihre Stromerzeugung zurückgehen. - Dann ist es doch klar. Das meint dann die restlichen 4, 5 Prozent.

Michael Müller: Ich finde das auch.

Erhard Ott: Das heißt, dass der ursprüngliche Text bleibt?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja.

Michael Müller: Noch etwas? - Nein. Dann kommen wir zum Absatz 9. - Dazu gibt es von Herrn Thomauske keine Anregung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich bin mit dem Absatz 9 so einverstanden, wie er formuliert ist.

Vorsitzender Michael Müller: Absatz 10.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Genauso.

Michael Müller: Gut. - Dann können wir die Bearbeitung in dem Sinne vornehmen, wie wir es jetzt besprochen haben, und das Papier heute Abend oder morgen früh der Kommission zur Kenntnis bringen.

Tagesordnungspunkt 4 **Fortsetzung Diskussion Teil B des Leitbildes**

Vorsitzender Michael Müller: Jetzt ist die Frage, wie wir weiter vorgehen. Da das ein längerer Text ist, mache ich folgenden Vorschlag: Wir setzen die Diskussion heute aus und hoffen, einen Termin zu finden, bei dem etwas mehr Leute da sind.

Ich werde das Ganze zusammen mit Herrn Grunwald machen. Ich habe schon mit ihm besprochen, dass wir das zusammen machen. Wenn er als Vorsitzender des KIT bzw. als Verantwortlicher für die Technikfolgeberichte des Forschungsausschusses im Bundestag dafür verantwortlich ist, dann wäre es komisch, wenn man das nicht mit ihm zusammen machen würde. Ich bin extra zu ihm nach Köln gefahren. Wir haben einen ganzen Tag zusammengesessen. Wir sind uns da im Grundsatz einig. Dann würde ich versuchen, dass ich das noch hinbekomme.

Das andere wird etwas länger dauern. Ich will das erklären: Herr Meister hat mich angerufen und gesagt, dass von Herrn Milbradt die Initiative gestartet wurde, dass die Kirchen einen Beitrag zur Sozialethik liefern. Ich habe gesagt, ich hätte mich schon die ganze Zeit darum bemüht, auch als Kompromiss, damit es überhaupt hineinkommt. Ich habe gesagt: Das machen wir dann hinten, also hinter dem technischen Teil. - Darauf sagte er: Nein, beide Kirchenvertreter wollen, dass das möglichst prominent platziert wird. - Darüber müssen wir einmal reden. Das ist im Augenblick noch nicht der Punkt.

Die haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der wohl sechs oder sieben Leute arbeiten und mit einem Text begonnen haben. Die Leitung der Arbeitsgruppe hat Markus Vogt von der Universität München. Mit dabei sind Renn, Manemann, Monika Müller, Adler und noch ein paar andere. Die haben einen ersten Text entworfen, der aber ihnen selbst nicht gefiel. Der ist auch schlecht, wenn ich ehrlich bin. Den versteht kein Mensch, weil er ein bisschen verschroben ist.

Wir sitzen jetzt zusammen und versuchen, den sozial-ethischen Teil zu schreiben. Ich kann aber im Augenblick nicht sagen, wie lange das noch dauern wird.

Lassen Sie mich noch sagen, dass die im Grundsatz das, was in dem ursprünglichen Entwurf steht, den ich geschrieben habe, schon richtig finden. Die wollen nur Ergänzungen und Umstellungen. Aber das alles will ich jetzt mal weglassen.

Mein Vorschlag ist: Wir machen das heute nicht, sondern geben das erst noch einmal an alle mit der Bitte - wir schreiben ein Datum drauf -, darzulegen, wo sie möglicherweise Korrekturen vornehmen wollen. Ich versuche so schnell wie möglich mit Herrn Grunwald, der im Augenblick bei Herrn Chodorkowski in Tomsk ist - das ist ja dessen Heimatstadt -, und mit Herrn Vogt einen Termin zu machen, um die anderen Teile fertig zu bekommen. Dann habe ich alles, was ich abliefern muss, als Entwurf erst einmal abgeliefert.

Ich will auch nicht verhehlen, dass ich natürlich ein bestimmtes Problem habe; denn dann hat die Arbeitsgruppe hier in der Zwischenzeit eine ganze Menge geliefert und die anderen noch nichts. Das ist psychologisch ein bisschen ein Problem; das weiß ich. Aber ich kann es auch nicht ändern. Wir müssen im Januar einen Bericht vorlegen.

Insofern würde ich diesen Punkt heute zurückstellen. Ich nehme aber Anregungen auf, soweit ich das kann. Das alles will ich jetzt gar nicht vertiefen. Ich muss aber sagen: Natürlich muss dieser Teil ein bisschen kritisch geschrieben sein; denn der Atomausstieg ist eine Wende in Deutschland. An diesem Punkt komme ich nicht vorbei.

Machen wir das so, wenn dieser Vorschlag akzeptiert wird. Ich versuche so schnell wie möglich mit Herrn Grunwald den Technologieteil und mit der Gruppe um Herrn Vogt den Ethikteil nachzuliefern.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich möchte zunächst noch etwas zu der Schreibweise der Region Tōhoku in Japan anmerken. Wir haben im Deutschen keinen Buchstaben für das O mit dem Querstrich. Es wird im Japanischen als O ausgesprochen. Das schreibt sich nicht Tōhoku, wie es da steht.

Vorsitzender Michael Müller: Aber so steht es in der Verlautbarung der japanischen Botschaft. Das fand ich ganz interessant.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist eigenartig und trotzdem falsch.

Ich möchte gerne zwei grundsätzliche Bemerkungen machen, wenn wir heute schon einmal einen Termin haben.

Das eine ist, dass ab dem Punkt 2.4 - Das ungelöste Problem: radioaktive Abfälle - nie differenziert wird, ob es sich um hoch radioaktive oder schwach und mittelradioaktive Abfälle handelt. Dann ist von der Asse die Rede. Dann kommen die ganzen Standorte usw. Das muss man differenzieren.

Vorsitzender Michael Müller: Okay.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das Zweite ist: Sie wissen, mir ist das ein bisschen viel an Geschichte. Man wird die Geschichte behandeln müssen. Aber mir ist das ein bisschen zu ausführlich und hört dann auch zu abrupt auf. Sehr ausführlich sind die 50er, die 60er- und die 70er-Jahre beschrieben. Aber was nach 1990 war, kommt eigentlich nicht mehr: der Untersuchungsausschuss Gorleben, das Verbot der Wiederaufarbeitung. Da ist doch anschließend noch unheimlich viel passiert.

Vorsitzender Michael Müller: Das kann man alles einfügen. Aber dann wird das Ganze noch länger.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja. Aber ich finde, nur die frühe Geschichte zu nehmen, ist nicht gerechtfertigt. Ich schlage vor: ein kleines bisschen weniger, aber dafür noch die letzten Ereignisse, die es gegeben hat, und zwar in Stichworten. Das haben die Menschen noch mehr im Kopf als das Frühere. Insofern kann man das kürzer machen. Aber es sollte zumindest erwähnt werden, was da war.

Auf der Seite 7 in dem Absatz vor dem Punkt 2.3.5 heißt es:

Trotzdem stiegen die jährlichen Kohlenstoffemissionen bis zum Jahr 2030 auf das Zwei- bis Dreifache an ...

Das kann historisch nicht stimmen. Entweder ist das eine Prognose - -

Vorsitzender Michael Müller: In dem Szenario.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Okay, das muss man dann benennen.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist auf FUSER bezogen. Das schreiben wir noch hinein.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Gut. - Der Rest wäre Detailarbeit. Das muss man dann machen.

Vorsitzender Michael Müller: Ich habe bei allen Veranstaltungen immer wieder die Erfahrung gemacht, dass die Frage gestellt wird: Wie konnten diese Prozesse überhaupt in Gang gesetzt werden? - Wenn ich das als Vertreter der Umweltbewegung geschrieben hätte, hätte ich das ganz anders geschrieben, viel schärfer, viel zugespitzter. Insofern ist eher deskriptiv der Versuch gemacht worden, darzustellen, was da passiert ist.

Ich will das jetzt nicht weiter vertiefen. Ich nehme das zur Kenntnis und sage: Das ist berechtigt; die 90er-Jahre sind nicht drin. Ich will gar nicht darüber reden, dass wir im Jahr 2000 bei

dem Ausstiegsgesetz noch erhebliche Kontroversen hatten. Ich beispielsweise war nicht für den Ausstiegspfad, weil ich keinen konsensualen, sondern einen gesetzlichen wollte. Aber das alles ist Geschichte. Das will ich gar nicht vertiefen. Ich wollte eigentlich mehr erklären.

Die Bitte ist: Schauen Sie sich das an! Wir reden dann beim nächsten Mal ausführlicher darüber. Wir machen in der Zwischenzeit noch die Ergänzungen in Bezug auf die 90er-Jahre und den Anfang des neuen Jahrhunderts.

Anna Bleser: Das finde ich ein gutes Vorgehen. Die Frage wäre: Sollen wir konkrete Änderungsvorschläge im Text an Sie richten, quasi im Umlaufverfahren, oder wie soll das vonstattengehen? Oder gehen wir in der nächsten Sitzung den Text Stück für Stück durch?

Vorsitzender Michael Müller: Ich würde sagen: Wir gehen den Text beim nächsten Mal durch. Aber es können ruhig schon Anregungen gemacht werden.

Ich möchte im Grundsatz sagen: Das Ganze ist schon gekürzt. Wenn man das in den Bericht der Kommission umsetzt, dann werden das dort etwa fünf Seiten sein. So viel ist das dann gar nicht, wenn man sieht, dass der Gesamtbericht etwa 250 Seiten haben wird. Das ist möglicherweise jetzt auf einmal viel. Aber das liegt eher daran, dass die anderen nichts geliefert haben. Wie gesagt: In Druckseiten umgesetzt sind das etwa vier bis viereinhalb Seiten. Das ist nicht sehr viel.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Um die anderen Arbeitsgruppen, in denen ich zum Teil auch Mitglied bin, ein bisschen zu verteidigen, möchte ich sagen: Dort wird erst diskutiert und entschieden und dann geschrieben. Hier wird erst geschrieben und dann anhand eines Textes diskutiert. Es ist also nicht so, dass in den anderen Gruppen noch nichts passiert ist.

Vorsitzender Michael Müller: Ich will doch nur dieses psychologische Moment klarmachen. Ich will jetzt die anderen gar nicht kritisieren. Das ist deren Verantwortung, obwohl ich finde, dass sich einzelne Arbeitsgruppen ein bisschen sehr verselbstständigt haben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Genau. So machen wir das jetzt auch.

Tagesordnungspunkt 5 Vorstellung des Leitbildes in der Kommission

Michael Müller: Ich schlage vor, dass wir diesen Punkt ebenfalls vertagen.

Tagesordnungspunkt 6 Verschiedenes (u. a. verbleibende Aufgaben, weitere Termine)

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Wir müssten zumindest einen Zeitraum ins Auge fassen, wann man sich wieder trifft, was bis dahin fertig sein soll und welches Material bis wann herumgeschickt sein soll.

Vorsitzender Michael Müller: Wir haben in der nächsten Sitzung der Kommission den Teil A. Dann würde der Teil B etwa im Dezember kommen.

Anna Bleser: Die Besprechung des Teils B?

Vorsitzender Michael Müller: Ja, in der Kommission. Das heißt, wir müssen uns etwa in der zweiten Oktoberhälfte wieder treffen.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): In der letzten Oktoberwoche.

Vorsitzender Michael Müller: Ich weiß nicht, wann Sitzungswoche ist.

Anna Bleser: Da ist Herr Kanitz in Indien.

Vorsitzender Michael Müller: Die Inder haben sogar ein eigenes Ministerium für erneuerbare Energien.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ende Oktober sind keine Sitzungswochen. Da haben wir die Skandinavien-Reise.

Vorsitzender Michael Müller: Danach dann, Anfang November. Okay, sagen wir Anfang November.

(Zuruf: Vielleicht mal keinen Mittwoch!
Denn ich habe das Gefühl, der Mittwoch ist immer schwierig!)

- Mir ist das egal. Ich kann beispielsweise nicht Donnerstagfrüh sagen, wenn da eine teilnahme-pflichtige Sitzung im Bundestag ist. Dann können wir so viel machen, wie wir wollen, dann haben wir keine Chance. Ich glaube, am besten ist es immer, wenn man um die Mittagszeit herum etwas macht.

Anna Bleser: Darf ich noch eine Frage stellen? - Sie haben eben angekündigt, den Teil B ein bisschen im Sinne der Anmerkungen von Kotting-Uhl zu überarbeiten. Da wäre jetzt nur die Frage: Könnten Sie das auch im Änderungsmodus machen, sodass wir alle ein Dokument haben? Sie haben ja gesagt, wir sollten schriftliche Änderungen einreichen.

Vorsitzender Michael Müller: Ich komme mit dem Änderungsmodus nicht klar.

Anna Bleser: Denn sonst sieht man das nicht mehr, sonst gehen wir denselben Text zigmal durch, und das macht es wahnsinnig mühsam.

Vorsitzender Michael Müller: Wir versuchen es.

Anna Bleser: Das, was wir jetzt schon haben, Stand Montag, liegt uns allen vor. Dazu haben wir schon Änderungsvorschläge gemacht - vielleicht auch Sie -, die wir eigentlich heute bespre-

chen wollten. Wenn Sie jetzt noch das daran anfügen, was gerade mit Frau Kotting-Uhl besprochen wurde, dann könnten wir an diesem Entwurf weitermachen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das wäre sinnvoll.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): In dem Teil B?

Anna Bleser: Genau.

Vorsitzender Michael Müller: Bei Teil A machen wir jetzt keinen Änderungsmodus mehr. Damit schließe ich die heutige Sitzung.

(Schluss der Sitzung: 14:40 Uhr)

Vorsitzender

Michael Müller